

10/SN-234/ME 1 von 3



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 602.217/4-V/5/86

An das  
Präsidium des Nationalrats

1010 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	10/SN-234/ME
Datum:	18. APR. 1986
Verteilt	18.4.86 Suole

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Azizi

2373

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die  
Wirtschaftstrehänder-Berufsordnung geändert wird  
(WTBO-Novelle 1986);  
Begutachtung

In der Beilage übermittelt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst 25 Exemplare seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Wirtschaftstrehänder-Berufsordnung geändert wird (WTBO-Novelle 1986), mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme.

17. April 1986  
Für den Bundesminister:  
OKRESEK

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 68 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 602.217/4-V/5/86

Bundesministerium für  
Handel, Gewerbe und Industrie

1010      W i e n

DRINGEND  
12. April 1986

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Azizi

2373

33.460/2-III/1/86  
26. Feber 1986

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die  
Wirtschaftstrehänder-Berufsordnung geändert wird  
(WTBO-Novelle 1986);  
Begutachtung

Zu dem mit der o.z. Note übermittelten Gesetzentwurf teilt das  
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst folgendes mit:

1. Es muß der do. Beurteilung überlassen bleiben, festzu-  
stellen, ob die in Art. II Z 3 letzter Satz, des vorliegen-  
den Entwurfs (betreffend Art. II Z 13 der WTBO-Novelle  
1982), enthaltene zeitliche Befristung für die Möglichkeit  
der Beantragung einer Bestellung zum Buchprüfer sachlich  
gerechtfertigt ist. Nach Ansicht des Bundeskanzleramtes-Ver-  
fassungsdienst wird man zwar davon ausgehen können, daß eine  
Fristsetzung nicht in jedem Fall Zweifel an ihrer sachlichen  
Rechtfertigung aufwirft. Im vorliegenden Fall geht es jedoch  
offenbar darum, daß Personen, die eine wesentliche Berufs-  
voraussetzung erbracht haben, nämlich die Ablegung der Fach-  
prüfung, von der Bestellung als Buchprüfer, nicht aber als  
Steuerberater ausgeschlossen sein sollen, nur weil sie den  
dafür erforderlichen Antrag nicht innerhalb der vorgesehenen  
auf sechs Monate beschränkten Frist gestellt haben. Für den

- 2 -

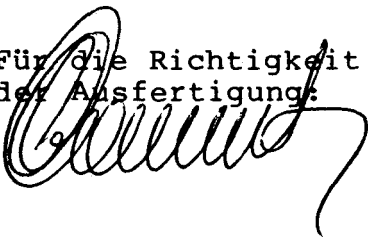
Fall mangelnder sachlicher Rechtfertigung der Frist, bestünden nach Auffassung des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst sowohl unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitssatzes als auch unter dem Gesichtspunkt des Grundrechtes auf Freiheit der Erwerbsbetätigung verfassungsrechtliche Bedenken. Auf die neuere Entwicklung der Judikatur des Verfassungsgerichtshofs zu dem genannten, in Art. 6 StGG verankerten Grundrecht (z.B. Verfassungsgerichtshoferkenntnisse vom 4. Oktober 1984, G 70/84, vom 7. März 1985, B 251/83 und vom 3. Dezember 1985, G 168/85), darf hingewiesen werden.

2. Im Allgemeinen Teil der Erläuterungen sollte die Kompetenzgrundlage für die in Aussicht genommene Regelung angegeben werden.
3. In den Erläuterungen sollte auch angegeben werden, welches redaktionelle Versehen mit Art. I Z 2 saniert werden soll.

25 Exemplare dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

17. April 1986  
Für den Bundesminister:  
OKRESEK

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly 'Kresek', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.